

Stand: 29.03.2024 00:03:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/1432

"Stärkung der Selbsthilfe"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/1432 vom 27.05.2009
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/4811 des SO vom 25.03.2010
3. Beschluss des Plenums 16/4889 vom 19.05.2010
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 19.05.2010

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Stärkung der Selbsthilfe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die landesweite Selbsthilfe verstärkt zu fördern, die Verbreitung des Selbsthilfgedankens weiter voranzutreiben sowie hierbei mit den Beteiligten (Selbsthilfe, Krankenkassen, Freistaat etc.) ein möglichst abgestimmtes Fördersystem zu entwickeln.

Begründung:

Die Selbsthilfe ist ein wichtiger Bestandteil des vorhandenen Gesundheits- und Sozialsystems. Mitmenschliches und bürgerschaftliches Engagement sind unverzichtbare Elemente einer sozialen Bürgergesellschaft.

Im Bundesvergleich wird Selbsthilfe mit durchschnittlich 14 Cent, in Bayern nur mit sieben Cent gefördert. Es besteht keine Förderung bei Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich und bei Selbsthilfekontaktstellen. Selbsthilfekontaktstellen brauchen eine ergänzende Förderung durch den Freistaat, um auf Dauer im sozialen Netz verankert zu werden (12 von 16 Bundesländern tun dies bereits, Bayern nicht).

Auch der Landesgesundheitsrat hat in seiner Sitzung am 30.6.2008 in seiner Resolution die Stärkung der Selbsthilfe und die Entwicklung eines abgestimmten Förderkonzepts gefordert.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/1432

Stärkung der Selbsthilfe

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung, insbesondere die beiden betroffenen Ministerien - das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen -, wird aufgefordert, innerhalb der ersten Jahreshälfte des Jahres 2010 ein Konzept darüber vorzulegen, wie die landesweite Selbsthilfe weiter gestärkt und die Verbreitung des Selbsthilfegedankens weiter vorangetrieben werden kann. Zusätzlich möge die Staatsregierung mit allen Beteiligten (Selbsthilfe, Krankenkassen, Kommunen, Bezirken, Freistaat etc.) im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel ein schlüssiges Fördersystem entwickeln und dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit bis zum Jahresende über den Stand der Beratungen berichten.

Zudem möge der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit alsbald im Rahmen eines Runden Tisches mit allen Beteiligten die konzeptionelle Fortentwicklung der Selbsthilfe beraten.“

Berichterstatlerin: **Renate Ackermann**
Mitberichterstatler: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat eine 1. und 2. Beratung durchgeführt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 11. Februar 2010 in einer 1.

Beratung behandelt und einstimmig Zustimmung zu folgender Fassung empfohlen:

„Die Staatsregierung, insbesondere die beiden betroffenen Ministerien,- das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen-, wird aufgefordert, innerhalb der ersten Jahreshälfte des Jahres 2010 ein Konzept darüber vorzulegen, wie die landesweite Selbsthilfe weiter gestärkt und die Verbreitung des Selbsthilfegedankens weiter vorangetrieben werden kann. Zusätzlich möge die Staatsregierung mit allen Beteiligten (Selbsthilfe, Krankenkassen, Kommunen, Bezirken, Freistaat etc.) ein schlüssiges Fördersystem entwickeln und dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit bis zum Jahresende über den Stand der Beratungen berichten.
Zudem möge der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit alsbald im Rahmen eines Runden Tisches mit allen Beteiligten die konzeptionelle Fortentwicklung der Selbsthilfen beraten.“

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 9. März 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 25. März 2010 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 06. Mai 2010 in einer **2. Beratung** behandelt und **einstimmig** zu der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer
stellv. Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/1432, 16/4811

Stärkung der Selbsthilfe

Die Staatsregierung, insbesondere die beiden betroffenen Ministerien – das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen –, wird aufgefordert, innerhalb der ersten Jahreshälfte des Jahres 2010 ein Konzept im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel darüber vorzulegen, wie die landesweite Selbsthilfe weiter gestärkt und die Verbreitung des Selbsthilfegedankens weiter vorangetrieben werden kann. Zusätzlich möge die Staatsregierung mit allen Beteiligten (Selbsthilfe, Krankenkassen, Kommunen, Bezirken, Freistaat etc.) im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel ein schlüssiges Fördersystem entwickeln und dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit bis zum Jahresende über den Stand der Beratungen berichten.

Zudem möge der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit alsbald im Rahmen eines Runden Tisches mit allen Beteiligten die konzeptionelle Fortentwicklung der Selbsthilfe beraten.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die als Listennummer 1 aufgeführte Verfassungsstreitigkeit, die auf Antrag der SPD einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind weitgehend die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der Freien Wähler und Frau Abgeordnete Dr. Pauli. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 31. März 2010 (Vf. 2-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen (Sparkassengesetz - SpkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1956 (GVBl S. 187, BayRS 2025-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400)
 PII/G-1310/10-2
 Drs. 16/4777 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
2. Der Antrag ist unbegründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

die Verfassungsstreitigkeit wird einzeln beraten

(Die Beratung hat aus Zeitgründen am 19.05.2010 nicht stattgefunden)

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
 Anhörung vier Jahre BayKiBiG
 Drs. 16/2874, 16/4583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planung der Nordanbindung des Flughafens Nürnberg auf den Prüfstand
Drs. 16/3108, 16/4801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp u.a. SPD
EU-Strukturpolitik für Bayern in der nächsten Förderperiode
Drs. 16/3302, 16/4791 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige und qualifizierte Lebensmittelüberwachung in Bayern umsetzen!
Drs. 16/3482, 16/4771 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Hans Joachim Werner, Margit Wild u.a. SPD
Bericht über beschlossene Maßgaben bezüglich
Erstaufnahmeeinrichtung Baierbrunner Straße
Drs. 16/3490, 16/4683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Eingaben und Beschwerden

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Karsten Klein u.a. und Fraktion (FDP)
Mehr Transparenz und Qualität in der Pflege
Drs. 16/3808, 16/4798 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Die Staatsregierung beim Wort nehmen:
Bayern, aber gerechter
Qualität und Transparenz in der Pflege verbessern
Drs. 16/3822, 16/4793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Bewertungssystem in der Pflege überarbeiten
Drs. 16/3823, 16/4794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO₂-Minderung im Gebäudebereich
Drs. 16/3812, 16/4803 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
KfW-Programme zur CO₂-Minderung verstetigen
Drs. 16/3824, 16/4802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erkenntnisse und Maßnahmen, um Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte entgegenzuwirken, neuer Anlauf für wissenschaftliche Untersuchung
Drs. 16/4472, 16/4770 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger, Diana Stachowitz u.a. SPD
Zukunft der Jobcenter
Drs. 16/3481, 16/4806 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Selbsthilfe
Drs. 16/1432, 16/4811 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit
in der Fassung der Zweitberatung

mit der Maßgabe, dass nach den Worten „ein Konzept“ die Worte „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“ eingefügt wird.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				